

Sonder-Ausgabe der Deutschen Mittelstands-Zeitung

Wiesbaden, im Oktober 1914.

Große öffentliche Volks-Versammlung

gehalten im Saale der „Wartburg“, einberufen von der **Mittelstands-Vereinigung für Mittel-Deutschland, Sitz Wiesbaden** mit der Tagesordnung:

„Kann der Hausbesitzer gegen die schlechten Mietseingänge während des Krieges Schutz finden und wie ist das Verhältnis zum Hypothekengläubiger, Mieter und Vermieter friedlich in aller Interessen zu regeln?“

Die Versammlung, welche überfüllt war, wurde um 9 Uhr vom 1. Vorsitzenden Herrn Kaiser eröffnet, der in einer längeren Einleitungsrede folgendes ausführte:

Im Namen des Vorstandes heiße ich Sie Damen und Herren willkommen zu einer Zeit, wo wir uns zu ernstlichen Beratungen zusammengefunden haben und das zum Schutz unseres Hausbesitzer-Mittelstand wie Mieter.

Das ist das Große, das Erhabene in der heutigen Zeit, daß Alle ausnahmslos einig sind in dem Bestreben: „Einer helfe dem Anderen zum Segen der Allgemeinheit, denn in dieser schweren Kriegszeit kommt Einer dem Anderen näher. Wir alle bilden jetzt eine große Familie, eine deutsche Familie!“

Einstimmig von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken bewilligte der Reichstag am 4. August 1914, jede Forderung der Regierung. Und wie seine Vertreter, so das ganze Volk. Ein einzig Volk von Brüdern! Die Zeichnungen auf die Kriegsanleihen haben überraschendes gebracht. Auch unsere Stadt selbst ist mit einer Million eingesprungen und von unseren Einwohnern sind 41 Mill. gezeichnet worden, eine Summe, die sich noch erhöhen dürfte. Unser Magistrat wie unsere Stadtverordneten wetteifern, die Schrecken und die Not des Krieges nach allen Seiten zu lindern. Auch ein Schiedsamt für Mietsforderungen ist im Interessen der Miet- und Zinszahler zusammengetreten.

Den Hut ab! für solche Tätigkeit der städtischen Behörde! Eine Opferwilligkeit, eine Heldengröße, die an die heilige Zeit der Befreiungskriege erinnert. Ein einzig Volk von Brüdern, in der Stunde der Gefahr zusammen geschwehrt, eines Sinnes, eines Mutes, eines Glaubens an die Herrscherbestimmungen des Deutschland in Europa. Ein Kampf gegen russische Kultur: Krute und Schnapsflasche! Ein Sieg der Germanen über die Slaven!

Eins aber laßt uns heute Abend geloben: In dem festen Glauben an den Sieg der gerechten Sache wollen wir Zurückgebliebenen treu zur deutschen Fahne halten, die unsere Mittelstands-Vereinigung, wie das ganze deutsche Volk aufgepflanzt hat für Kriegsfürsorge. Ein jeder zu seinem Teile wollen wir bereit sein, alles zu tun, alles zu opfern für unsere Krieger, unserer Helden, wie für unser Vaterland. Aber wir müssen aushalten, und darum bleibt unsere Losung: Durch Kampf zum Sieg und Treue um Treue. Und wenn die Vorsehung eine nicht zu denkende, allgemeine Katastrophe vermeidet, wenn Deutschlands und Oesterreichs Wappen neu und gereinigt erstrahlen, wenn wir stolz und frei das Haupt erheben über alles Kleine, Gemeinnützige und Schmutzige, das sich an uns heranwagte, dann werden wir wissen, daß dieser Krieg aller Deutschen kein Unglück war.

Ein historischer Moment voll Größe und Erhabenheit, würdig anzureihen den Merksteinen des Ruhmes und Vorbeers, die in vergangenen Zeiten unseren Weg zeichneten. In diesem Sinne vertrauen wir auf eine ewige Allmacht und rufe Ihnen zu: Wir wollen und müssen siegen, deshalb tue jeder Hypothekengläubiger, Mieter und Vermieter seine Schuldigkeit. Redner machte sodann bekannt, daß zu allen Reden Diskussion zugelassen sei, bittet aber freundlichst, streng sich an der Tagesordnung zu halten und jede Härte zu vermeiden (Großer Beifall). Nun bekam der erste Redner, Herr Karl Christian-Wiesbaden das Wort. Redner führte folgendes aus: Auf Wunsch zahlreicher hiesiger Hausbesitzer und Mieter, welche zum Teil Mitglieder der Mittelstands-Vereinigung sind und im Auftrage des Vorstandes will ich heute zu einer unserer wichtigsten wirtschaftlichen Frage Stellung nehmen, welche schon monatelang

weite Kreise unserer städtischen Bevölkerung beherrscht, die Frage der Miete und Hypothekenzinszahlungen. Durch den Ausbruch des Krieges und dessen Folgen ist es vielen Mietern unmöglich gemacht, ihre Miete, so wie bisher zu zahlen. Die unausbleiblichen Folgen hierfür sind, daß die Hausbesitzer die Hypothekenzinsen zum Teil auch nicht zahlen können.

Redner verwies hier auf den § 275 B. G. B., welcher wörtlich lautet:

„Der Schuldner wird von der Verpflichtung zur Leistung frei, soweit die Leistung infolge eines nach der Entstehung des Schuldverhältnisses eintretenden Umstandes, den er nicht zu vertreten hat, unmöglich wird. Einer nach der Entstehung des Schuldverhältnisses eintretenden Unmöglichkeit steht das nachträglich eintretende Unvermögen des Schuldners zur Leistung frei.

Anmerkung zu § 275 B. G. B. Nur unverschuldete Unmöglichkeit (Krankheiten bei Dienstpflichten, Naturereignis) befreit, Geldmangel niemals. Eine gegenseitige vorläufige Stundung zwischen den beteiligten Mieter, Vermieter und Hypothekengläubiger müßte hier Platz greifen. Durch gegenseitiges Entgegenkommen würde vermieden, daß zahlreiche Existenzen zugrunde gehen. Auch eine Zinsreduzierung während des Krieges müßte hier Platz greifen. Aber nicht wie uns Fälle bekannt, daß Hypothekengläubiger die heutige Zeit zu ihren bekannten „Geschäftchen“ ausnützen, brave und pünktliche Zinszahler die Erklärung zugehen lassen: „Entweder du zahlst 6% oder ich kündige die Hypothek!“ Die Namen solcher Helden werden in Zukunft der breiten Öffentlichkeit übergeben. Der Krieg stellt nicht allein Mieter und Vermieter vor eine ernste Aufgabe, auch der Hypothekengläubiger hat hier heilige Pflichten zu erfüllen. Es kann wohl keinem unserer Soldaten im Felde zugemutet werden, daß er bei seiner Rückkehr aus Feindesland rückständige Mieten für Wohnung, Geschäftsräume usw. zahlt, er wäre zeitlebens Schuldner seines Vermieters. In ganz genau derselben Lage würde die weitaus größte Zahl der Hausbesitzer sich befinden. Eine solche Lage würde uns vor Zwangsversteigerungen ohne Ende stellen, die eine schwere Zerrüttung unseres gesamten Wirtschaftslebens zur Folge haben dürfte. Um diesem besonders bei längerer Dauer des Krieges sicher eintretenden unausbleiblichen Zuständen nach Möglichkeit bei Zeiten entgegenzutreten, hat der Vorstand der Mittelstands-Vereinigung für Mitteldeutschland eine Entschliezung Ihnen zu unterbreiten und um deren Annahme wir die Versammlung bitten:

Die heute am 24. September 1914 im Saale der „Wartburg“ einberufene stark besuchte öffentliche Versammlung der Mittelstands-Vereinigung für Mitteldeutschland nahm einstimmig folgende Entschliezung an:

Zur Zeit befinden sich viele Angehörige des Mittelstandes, Arbeiterstandes und aus anderen Ständen im Felde, oder haben durch die daniederliegende Handel- und Gewerbetätigkeit schwer zu leiden.

Diesen weiten Kreisen ist es während des Krieges zum größten Teile unmöglich gemacht, ihren Miet-, Kapital- oder Zins-Verpflichtungen, wie bisher, gerecht zu werden.

Wir hoffen daher, daß in allen diesen Fällen, wie auch öffentlich darauf hingewiesen wurde, nach § 275 B. G. B. die ausfallenden Beträge seitens der Gläubiger, in der Voraussetzung, daß alle Stände zur Vinderung der Notstände verpflichtet sind, während der Kriegsdauer zunächst gestundet werden. Da

es jedoch in den weitaus meisten Fällen ganz unmöglich ist, die gestundeten Beträge nach Beendigung des Krieges von den Beteiligten zurückzuerlangen, und eine Nachzahlung dieser Beträge außerdem eine sehr harte Maßnahme gegen die Kriegsteilnehmer und die durch den Krieg schwer betroffenen kleinen und mittleren Existenzen erscheinen und ihre wirtschaftliche Existenz unverdientermaßen sehr in Frage stellen und größtenteils unmöglich machen würde, möchten wir hochwohlwollende Regierung schon jetzt darauf hinweisen, vorausgesetzt, daß unser Volk siegreich aus dem uns aufgedrungenen Kampfe hervorgeht, in der zu erwartenden Kriegsentschädigung genügende Mittel bereitzustellen, um diese Schäden zu heilen, und nach dem Kriege zahllose Angehörige des Mittel- und Arbeiterstandes usw. vor völligem Ruin zu bewahren.

Wir hoffen, daß durch die vorgeschlagene Regelung vermieden würde, daß nach dem Verhältnis der durch den Krieg entstandenen Miet-Ausfälle die betreffende Hypotheken-Gläubiger ihrerseits eine Reduzierung ihrer Zinsen als gerecht empfinden und dazu beitragen, daß viele Existenzen nach dem Kriege vor völligem Ruin bewahrt bleiben. Der Krieg verlangt von allen Ständen Opfer, möge sich kein Stand davon ausschließen.

Nachdem diese Entschließung einstimmige Annahme gefunden und die Rede des Herrn Karl Christian mit großer Begeisterung aufgenommen worden war, erhielt Herr Fabrikant Ph. Kinkel-Schierstein das Wort, der sich in übereinstimmender Weise mit dem Vordredner in seinen längeren Ausführungen äußerte und großen wiederholten Beifall der Versammlung fand. Redner führte die Notwendigkeit einer gesunden Mittelstands-Bewegung klar vor Augen, machte hierbei auf die Kriegsfürsorge der Mittelstands-Vereinigung aufmerksam und rief:

Sind einig wir, so sind wir stark,
Wir sind des Landes innere Mark.

Zu Punkt Verschiedenes wurde die allgem. Kriegslage besprochen und hierzu einstimmig nachstehende Entschließung angenommen:

Die am 24. September 1914 im Saale der „Wartburg“ einberufene große öffentliche Volksversammlung nahm zu Punkt Verschiedenes einstimmig folgende Entschließung an und beauftragte den Vorstand solche an alle zuständigen Behörden zu senden:

Mit Stolz und großer Freude dürfen wir auf die Opferwilligkeit unseres deutschen Volkes blicken.

Unsere Mittelstands-Angehörigen verlassen Frau, Kind und Geschäft, opfern mit Freude alles für das Vaterland, Gut, Blut und vielleicht die ganze Selbstständigkeit und leben oft nur von staatlicher Kriegsfürsorge.

Die mit schwerem Herzen zurückbleiben müssen, sind berufen auch ihre Schuldigkeit nach jeder Seite zu tun.

Deshalb muß es jeden Vaterlandsfreund schmerzlich berühren, junge Bürschen mit der Zigarette in dem Munde mit Nichtstun sein Tagewerk zu vollbringen, sich von der Mutter ernähren zu lassen, welche selbst von der Stadt und vom Roten Kreuz unterstützt wird, hier ist besonders einzuschreiten, solchen Bürschen den Begriff beizubringen, daß Arbeit eine Fierde ist.

Unsere Beamten, denen gewiß kein Mensch ihre Vaterlandsliebe absprechen will, sollten im Interessen des Vaterlandes von selber auf die Hälfte ihres Gehaltes verzichten, wenn der Kaiser sie zur Fahne ruft und als Feldwebel oder Feldwebel-Leutnant usw. als solche doppelte Kriegslohnung beziehen. Wir alle ohne Unterschied wollen Opfer bringen und wenn es sein muß, sogar das Beste auf den Altar des Vaterlandes legen. Wenn aber der Beamte von zwei Seiten einen fetten Gehalt bezieht, damit wird die Lage des Vaterlandes nur erschwert und besonders der Beamte ist berufen in der heutigen schweren Zeit mit guten Beispielen voranzugehen, Hand in Hand für das Vaterland!

Die Versammlung von Vaterlandsliebe getragen bittet alle zuständigen Behörden nach dieser Seite auf den ganzen Beamten-Apparat in Staat und Stadt zu wirken.

Nach dieser Abstimmung wurde von Seiten der Versammlung der Wunsch laut, daß ein Mitglied der Mittelstands-Vereinigung in das Schiedsamt für Miet- und Zinszahler gewählt werden möchte und wurde einstimmig Herr Karl Christian dem Magistrat empfohlen. Gegen 11 Uhr wurde die herrliche Versammlung geschlossen. Allen aber die Mitglieder unserer Mittelstands-Vereinigung geworden sind, spricht der Vorstand den herzlichsten Dank aus.

Lacht uns nicht im Stich!

Die Mittelstands-Vereinigung ist jetzt nötiger als je, muß sie doch gerade jetzt den wirklich notleidenden selbständigen Gliedern des Mittelstandes und den Familien der zum Kriege ausgezogenen Freunden beistehen!

Deshalb bleibe keiner der Vereinigung fern.

Wir bitten nebenstehenden Aufnahmeschein genau auszufüllen und an den 1. Vorsitzenden Herrn Jakob Kaiser, Walramstraße Nr. 29, einzusenden.

Die Mittelstands-Vereinigung im Kampfe für Kaufhaus-Angestellten.

Die Militärbehörde gegen Gehaltskürzungen. Der stellvertretende Gouverneur der Festung Metz, Generalleutnant Belkmann, hat folgende bemerkenswerte Bekanntmachung erlassen: „Das Gouvernement hat in Erfahrung gebracht, daß einzelne hiesige Geschäftshäuser verabredet haben, während der Kriegszeit ihren Angestellten, die sie weiter beschäftigen, nur die Hälfte des bisherigen Gehalts zu bezahlen und die Angestellten sich in ihrer Notlage diesen Bedingungen fügen müssen. Abgesehen davon, daß das ganze Verhalten dieser Firmen ein ungesetzliches ist, werden sie darauf aufmerksam gemacht, daß, falls die Angestellten nicht ihr volles Gehalt, und zwar auch für die verfloßene Zeit ausbezahlt erhalten, der gesamte Güterverkehr für die in Frage kommenden Geschäfte unter Vorbehalt weiterer Maßnahmen gesperrt wird. Die Angestellten werden ersucht, diese Geschäfte bei der Ueberwachungsstelle des Gouvernements namhaft zu machen.“

An der Hand dieser Bekanntmachung hat der Vorstand der Mittelstands-Vereinigung nachstehendes Schreiben an den Herrn Gouverneur der Festung Mainz gerichtet und eine Abschrift an das Rote Kreuz mit einem Begleitschreiben abgehandelt. Wir halten es für unsere Pflicht der breiten Öffentlichkeit fragl. Zustände nicht vorzuenthalten.

An das Kaiserlich Königlich Gouvernament
Mainz.

In Anbetracht der ersten Zeit in der wir uns befinden, haben wir in Erfahrung gebracht, daß das Haus Blumenthal in Vereinbarung mit dem Hause Frank & Marx ihr Personal mit dem halben Gehalt resp. Lohn, entlohnt hat und ca. 12 dieser ärmsten Mädchen zum 1. November 1914 gekündigt hat und die zum Teil 6—8 Jahre im Hause tätig waren auch durchaus kein Grund zur Kündigung vorlag. Bemerkenswert, daß Mädchen mit 30 Mark Monatsgehalt nur die Hälfte, also 15 M. erhalten, wovon Kranken- und Invalidengelder noch abgezogen werden.

Nicht nur das kaufmännische, sondern fast das ganze Hauspersonal hat unter solchem Druck zu leiden. Diese Firma begünstigt man vom „Roten Kreuz“, hat doch die Firma seit Beginn des Krieges ca. 40,000 Mark vom „Roten Kreuz“ vereinnahmt. Statt das „Rote Kreuz“ von Geldern, die aus der ganzen Stadt und aus allen Kreisen zusammenschießen, die ganze Geschäftswelt berücksichtigt, wirft man solche Summe in den Schoß großer und mächtiger Kaufhäuser. Wir berufen uns auf die Bekanntmachung des Herrn Gouverneur von Metz, welche am Samstag, den 3. Oktober 1914 in den „Wiesbadener Neuesten Nachrichten“ bekannt gegeben ist, die wir ergebenst beigelegt haben.

Wir haben in Erfahrung gebracht, daß von fragl. Firma ein großer Posten Waren unterwegs ist und bitten Ew. Hochwohlgeboren auch für solche Firmen Warensendungen zu sperren, solange, bis das Haus sein Personal weiter beschäftigt. Wir glauben, daß Mädchen, die solchem Hause 6—8 Jahre gedient haben, in solcher Zeit auf die Straße zu werfen, eine Schande ist. Wir bitten Ew. Hochwohlgeboren nach Einsichtnahme beiliegender Papiere uns diese unter strengster Diskretion zurücksenden zu wollen.

Mit großer Hochachtung

Der Vorstand

der Mittelstands-Vereinigung für Mitteldeutschland — Sitz Wiesbaden.
3. V.: Jakob Kaiser, I. Vorsitzender.

Briefkasten.

Mit dem früheren Oberinnungsmeister der Metzgerinnung, jetzt Wirt, hat unsere Mittelstands-Vereinigung nichts zu tun. Dies zur Aufklärung!

Der frühere Direktor der „Viktoria“ Berlin, Herr Gerstenberg, bezog allein 660,000 Mk. Tantième ohne sein Gehalt, das sagt alles. In nächster Nummer werden wir uns mit der Angelegenheit befassen.

Aufnahmeschein.

Unterszeichneter erklärt hiermit seinen Beitritt zur Mittelstands-Vereinigung für Mitteldeutschland — Sitz Wiesbaden.

Wiesbaden, den 191

Name:

Stand:

Wohnung:

Der sozialdemokratische Konsumverein

setzt Waren auch an Nichtmitglieder ab und ist zur Gewerbesteuer heranzuziehen!!

Herr Bäckermeister S. war in Verlegenheit mit Eier und beauftragte seinen Burschen, (der hier noch unbekannt ist), zur Aushilfe Eier im „Kölnner Konsum“ zu holen, 50 Stück für 3 Mark. Der Bursche ging aber irrtümlich in die Filiale des soz. Konsumverein, Riehlstraße und bekam ohne Anstand die 50 Eier, — wurde ihm aber dabei erklärt: die Eier kosten 3.25 Mark und solle die 25 Pfg. bringen. Die Frau des Schuhmachers M. Riehlstraße erklärte im Bäckerladen des Herrn S.: „Ich hole auch dort meine Ware, die ich ohne Mitglied zu sein, anstandslos erhalte.“

Solche Fälle sind der Redaktion oft zu Ohren gekommen und erwarten daß fragl. Konsumvereine zur Gewerbesteuer herangezogen wird. Die Konsumvereine können unter allen Umständen nur an Mitglieder verkaufen unter Vorzeigung der Legitimation.

Als die Herren nun merkten, daß sie an die verkehrte Adresse gekommen, bekam Herr Bäckermeister S. einen Brief, den er uns übergab und in der Redaktion liegt.

Der heimliche Schleichhandel der Beamten.

Weit schlimmer als die Beamtenkonsumvereine ist der heimliche Schleichhandel der Beamten.

Von vielen Fällen wollen wir für diese Nummer ein Fall herausgreifen.

Herr Rangiermeister Ed. Hellbach, den wir von Oberlahnstein geehrt haben, handelt in der Herderstraße Nr. 11 mit Fische, Fischkonserven — bis herunter zu den Kollmopsen, mit Kaffee, Kakao usw. ja sogar mit Branntwein. Von seinen Abnehmern seien hier einige genannt: Herr Klein, Eltvillerstraße 4, Herr Gastwirt Ries, Moritzstraße, Herr Gastwirt Theis, Moritzstraße, Herr Gastwirt Schmidt, Herderstraße, Herr Müller, Waschgeschäft, Moritzstraße usw. Herr Hellbach läuft aber auch oft an, denn als derselbe Herrn Schreinermeister K., Welltrichstraße seine Handelsartikel als „Eisenbahnbeamter“ angeboten, bekam der Herr auf eine feltene Art und Weise den Kaufpaß. Wir fragen: „Hat Herr Hellbach die Konzession zum Branntweinhandel? Wissen seine vorgesetzte Behörde von diesem gewiß ausgedehnten Handel? — und haben unsere Eisenbahnbeamten zu solcher Tätigkeit so viele freie Zeit? — wenn ja so gebe man dem Herrn mehr Beschäftigung und bringe ihm den Begriff bei, entweder Beamter oder Handelsmann zu sein. Zwei Herrn kann man nicht dienen.“

In nächster Nummer über Schleichhandel an der Post.

Mittelstandsfragen.

Gegen den heimlichen Warenhandel der Beamten. Der Handelsminister von Preußen hat in einem Erlasse die Erwartung ausgesprochen, daß die Staatsbeamten sich des gemeinschaftlichen Warenbezuges enthalten. Der Erlaß bezieht sich nicht nur auf die einstweilige Lagerung und Verteilung von Waren und auf die Benutzung von Bodengängen oder Aktenwagen, sondern es dürfen auch ohne die ausdrückliche und in jedem Einzelfall erforderliche Ermächtigung der Behörde in den Diensträumen Listen zur gemeinschaftl. Bestellung von Waren weder ausgelegt noch in Umlauf gesetzt werden. Die Ermächtigung darf nur erteilt werden, wenn ein dienstliches Interesse vorliegt. Das sog. Behördengeschäft ist mithin nicht zu dulden.

Gefängnisarbeit. Die fortschrittliche Volkspartei des preußischen Abgeordnetenhauses hat zur zweiten Lesung des Justizetats den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu ersuchen, dem Hause der Abgeordneten eine Denkschrift vorzulegen, welche über den jetzigen Stand der Gefängnisarbeit, insbesondere über Umfang und Art der Beschäftigung von Gefangenen, über die dafür gezahlten Löhne und über die Tätigkeit der für die einzelnen Provinzen eingesezten Beiräte Aufschluß gibt. — In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 4. Februar kam es zu einer lebhaften Aussprache über die Beschwerden des Handwerks gegen die Konkurrenz der Gefängnisarbeit. Wie der Abg. Hammer ausführte, werden noch von der preußischen Justizverwaltung z. Zt. 23 000 Gefangene in etwa 30 Zuchthäusern und anderen größeren Strafanstalten handwerklich beschäftigt. In diesen 30 Zuchthäusern ist ein Reinertrag für die Schneiderei von 2589 Mark, für die Schuhmacherei ein solcher von 6000 Mark, für die Tischlerei 228 000 Mark, für die Weberei 35 000 Mark, für sonstige Arbeiten ein Reinertrag von 90 000 Mark erzielt worden. Es liegt auf der Hand, daß dadurch die freie Konkurrenz schwer geschädigt wird. Insbesondere werden die Schneider, Schuhmacher und Tischler arg in Mitleidenschaft gezogen.

Filialsteuer. Die Einführung einer kommunalen Filialsteuer steht in Münster i. W. bevor. Wir glauben, was in Münster, in Hann. Münden, in Remscheid, Weiszenfels, Mörs und in Umarmen anderer Städte eingeführt, man mit der beschlossenen Filialsteuer endlich auch in Wiesbaden beginnen könnte. Unsere nächste Versammlung soll uns nochmals mit dieser Frage beschäftigen.

Wanderlagerbetrieb in Preußen. Die Zahl der steuerpflichtigen Wanderlagerbetriebe hat sich von 1906 bis 1911 auf das Doppelte vermehrt. Im Jahre 1906 wurden 558, dagegen im Jahre 1911 fast 1100 Wanderlagerbetriebe gezählt.

Briefkasten der Redaktion.

Herrn Tr., hier. Sie werden jetzt überzeugt sein, daß ich nichts mit der Briefkastennotiz in Nr. 3 der „Germania“ zu tun habe. Selbst wenn der Ev. Arbeiterverein nur 187 Mitglieder hätte, — ohne die 50 unaktive Mitglieder, so wäre dies schon ein schöner und herrlicher Erfolg. Wie die Redaktion überzeugt wurde — (laut Mitgliederliste) hat der Ev. Arbeiterverein aber bedeutend mehr Mitglieder.

Verantwortlich für das unsinnige Vorgehen in der „Germania“ ist in erster Linie die Preßkommission zu machen: die Herren Buchdrucker Köhler, Karlstraße 8, Mattern, Bismarckring, wie Karl Kirchner, Rheingauerstraße 2. Der sogen. Scheeren-Redakteur Werther ist nicht Ernst zu nehmen, — denn derselbe ist noch Lehrling im Vereinsleben und auf eine ganz besondere Art und Weise ist dieser Herr zu solcher „Ehre“ gekommen. —

Daß der Vorstand des Ev. Arbeitervereins sich der großen, unmenslichen Mühe unterzieht, den Kindern seiner Mitglieder zu Weihnachten zu beschere, muß nur lobend von jedem Menschenfreunde anerkannt werden und kann niemals seine Aufgabe sein zu untersuchen, ob der Vater des Kindes national oder international ist, sondern der Vorstand nimmt an, daß seine Mitglieder auf nationalem Boden stehen!

Als der Ev. Arbeiterverein sehr stark bei Gastwirt Weber in der Schachtstraße verkehrte, fragte er nicht, ob seine Gäste national oder international sind. Herr W., Schachtstraße, der Kassierer des Ev. Arbeitervereins war, — beweist mit seinem Vorgehen, daß Verschwiegenheit bei ihm keine Tugend ist — und aus diesem Grunde wird W. gewiß im „roten Schiffe“ nicht gut angelangt sein, — denn die Wirtschaft bleibt leer trotz Auslegen der „Volksstimme“. Wir begrüßen den Ev. Arbeiterverein als starke Schutzgruppe für den Mittelstand, — denn als Herr Weber den Antrag stellte, Köhler usw. gemeinschaftlich zu beziehen, da war es der Vorstand der einig mit seinem Vorsitzenden Herrn Treisbach darinnen war, die Interessen der Wiesbadener Geschäftswelt zu wahren. Lesen sie die „Germania“, die Herren wollen einen sachlichen Kampf führen, — gewiß können diese aber nicht unterscheiden, wo die Un-sachlichkeit anfängt.

Herrn P., hier. Sie fragen nach dem Falle Köhler, Karlstraße 8? — Der Herr war jahrelang erster Schriftführer, — hat als solcher neben mir im engeren Vorstande mein ganzes Vertrauen genossen, derselbe war Mitglied und Drucker der „Germania“. Als erster Vorsitzender habe ich Tag und Nacht gearbeitet, manche schlaflose Nacht gehabt, um Köhler als „Drucker“ gerecht zu werden, der viel, sehr viel Geld verdiente. Als Lohn dafür hat Köhler, Karlstraße 8 mich als Vorsitzenden, den Vorstand, nebst Bund zu seinen Faschingscherzen benutzt und dies tat er, indem Köhler als „Berleger“ den „Lachhannes“ zur Faschingszeit herausgab, mich verächtlich in der Öffentlichkeit zu machen suchte. Eine Veranlassung gab ich Köhler niemals zu solchem verwerflichen Schritt.

Darauf habe ich den Antrag auf Ausschluß Köhler aus dem Bunde gestellt und das nach § 12 Abs. 2 des Statut. Da ich durch mein Unfall an das Bett gebunden war, hatte Köhler mit seinen „Hintermännern“ freie Bahn — und verstanden es, daß Köhler mit „Kunden Bier“ seine Sünden gut machte. —

Daß mit solchen „Mittelstandsrettern“ nicht zu arbeiten ist, muß jedem anständigen Menschen einleuchten. In der sozialdemokratischen Bewegung würde Köhler auf die Schlenkermaschine gekommen sein, — anders aber bei solchen „Hintermännern“, die verstanden, Vorstandsmitglieder, wie Hauptversammlung irre zu führen. Köhler wird solange „Drucken“ bis die „Germania“ aufgehört zu erscheinen und diese Stunde wird bald geschlagen haben.

Herrn M., hier. Bei solchen Manövern braucht man sich nicht zu wundern, wenn ich und andere aus dem „Mittelstands-Bunde“ ausgetreten sind und ich auch den „Ehrenvorsitzenden“ aus den Händen des Vorstandes nicht angenommen habe. Es gibt ehrenwerte Herren im Bunde wie Vorstand, — aber auch im Vorstände Elemente, die sich eingeschlichen haben durch Lügen und Verläumdung, die wo ganz anders hingehören. Im Interesse der Mittelstandsfrage darf es unmöglich meine Aufgabe sein in der Öffentlichkeit die schmutzige Wäsche zu waschen, — aber in unserer Mitgliederversammlung sollen Sie voll und ganz Aufklärung haben — dann werden Sie selber einsehen, daß ich zu dem Schritt gezwungen war.

Herrn B., Metzgermeister. Sind Sie ohne Sorgen, Herr M. wird sich umsonst freuen, Stadtverordneter zu werden, — der mich in das Feuer schickte, — um dann am Wahltag mit seinem Namen für die vier Beamten eingetreten ist. Mit Macht werden wir für Herrn Metzgermeister K. eintreten und man wird uns auf treuer Wache finden.

Große öffentliche Protest-Versammlung

für den gesamten Mittelstand in Stadt und Land!

Hausbesitzer, Kaufleute, Handwerker, Gastwirte u. sonstige Gewerbetreibende!

== Das Volk steht auf == für reichsgesetzliche Regelung der Sonntagsruhe! Legen aber ganz entschieden Protest ein

1. Daß die Sonntagsruhe das Merkmal der Einwohnerzahl einer Stadt zugrunde gelegt wird und durch ortstatutarische Bestimmungen eine Ungleichheit geschaffen wird.
2. Daß den Gewerbetreibenden mosaischen Glaubens Vorzugsrechte eingeräumt werden, wodurch die Gleichberechtigung zu einer Bevorzugung und die Hilfskräften mosaischen Glaubens unter ein Ausnahmegesetz gestellt werden.

Alle die mit uns eine Reichsgesetzliche Regelung der Sonntagsruhe anstreben, die in ganz Deutschland einheitlich eingeführt wird, die wollen in Massen erscheinen am:

Donnerstag, den 7. Mai, abends halb 9 Uhr
im Katholischen Gesellenhaus (unterer Saal), Dohzheimer Straße

wo entschieden Stellung genommen werden soll. — Auch Frauen haben Zutritt.

Der Vorstand
der Mittelstands-Vereinigung für Mitteldeutschland.

Frankfurt a. M.

„Hotel Kölner Hof“

(Bahnhofhotel — Hotel Stadt Frankfurt)

Christlich-deutsches Haus guten Ranges am Hauptbahnhof.
Ueber 100 Zimmer. — 150 Betten von Mk. 2.— an. —
Elektr. Licht. — Dampfheizung. — Fahrstuhl. — Grosses
Restaurant mit vorzögl. Küche. — Ausschank von Frank-
furter, Münchener und Pilsner Bier.
Besitzer: Herm. Laas.

Hotel-Restaurant Karlishof Wiesbaden Rheinstraße 72

Besitzer: Anton Bayer.

Ständiges Lokal für die Mittelstands-Vereinigung für Mittel-Deutschland.

Jede Hühneraugen-

Operation, fachmännig, sowie Behandlung eingew. Nägel schmerz- und gefahrlos.

Bedienung ausser dem Hause.

Dähler, Schillerplatz 2

Telefonb. 860. Karte genügt.
Feinste Referenzen: von Kais. Prinzen und hohen Herrschaften am Kgl. Hof.

Wer sich und die Seinen

vor Not und Entbehrung schützen will, der versichere sich

rechtzeitig

bei einer guten Krankenkasse gegen die wirtschaftlichen Folgen von Krankheit oder Unfällen und daraus resultierender Erwerbsunfähigkeit. Denn nur durch eine gesunde Krankerversicherung allein ist die Möglichkeit geboten,

Schwere Sorgen, Not und Elend,

welche durch eine längere Erwerbsunfähigkeit hervorgerufen werden,

fernzuhalten.

Zu diesem Zwecke, weil wir wissen, daß besonders der kleine und mittlere selbständige Betrieb in keiner Krankenkasse sind, haben wir nach dieser Seite der sozialen Fürsorge Aufmerksamkeit geschenkt und das Krankenkassenwesen in unser Statut aufgenommen.

Im eigenen Interesse

verschäume daher niemand, der auf reeller Grundlage stehenden Krankenkasse für Beamte, Kaufleute und selbständige Gewerbetreibende, Darmstadt u. Wiesbaden beitreten.

Auskunft, sowie Statuten und Aufnahmen können erfolgen bei dem Vorstand der „Mittelstands-Vereinigung für Mitteldeutschland“, durch die Redaktion dieses Blattes, wie durch den Herrn Vertreter Kie m p t, Wiesbaden, Hellmündstraße 4.

Der Vorstand V. A.: Jakob Kaiser.

Wiesbadener Glasreinigungs-Geschäft

Telefon 4330 bei Best

Jakob Kaiser

Walramstrasse 29

übernimmt das Putzen und Reinigen etc. von Schaufenstern und Spiegelscheiben zu billigsten Preisen, unter Garantie sauberster Ausführung. Reinigen von Neubauten und Fensterscheiben aller Art, Geschäftslaternen, Transparenten, photographischen Ateliers, Oberlichtern, Glasdächern, Firmenschildern, Rolläden, Privatwohnungen zur Verhütung von Unfällen etc. etc.

Billigste und pünktlichste Bedienung.

Um Empfehlung wird freundlichst gebeten.

Simons-Brot = Malzkornvollbrot.

18 goldene Denkmünzen.

Das durch frühere Patente geschützte Herstellungsverfahren ist durch weitere Ausgestaltungen, die teils patentiert, teils zur Patentierung angemeldet und bereits ausgelegt sind, bei weitem überholt und verbessert.

Anerkennbar in Güte, Geschmack u. Wirkung. Bestes natürliches Mittel zur Regelung der Verdauung und Darmtätigkeit gegen Zuckerkrankheit, Blutarmerie, Knochenweichung und mancherlei andere Krankheiten. Genaueres beliebe man nachzulesen in meinen Aufklärungsschriften, welche von jeder Verkaufsstelle frei erhältlich sind.

Niederlage f. Wiesbaden u. Umgeg.: Karl Heilenbrand, Oranienstr. 60. Telef. 3048.

Holz- u. Kohlen-Verkauf

Christian Klees

Dreiweidenstrasse 4

Fuhr- und Möbel-Transport-Geschäft

Liefert sämtliche Kohlen von nur erstklassigen Zechen, wie Nuss I, Nuss II und Nuss III nachgesiebt, bestmelierte Kohlen, Koks, Briketts, Anzündholz, Bündelholz, Buchenholz, Abfallholz, Anthrazit- und Holzkohlen zu den allgemein gültigen Preisen der hiesigen Kohlenhandlungen.

J. F. Pauly, Hoflieferant

Friedrichsdorfer Zwieback

anerkannt nur feinste Qualität.

Minderwertige Nachahmungen weisen man zurück. Von vielen ärztlichen Autoritäten begutachtet und empfohlen. Ferner empfehle diverse Waifeln, sowie die weltbekannten Mozartstübchen.

Vertreter: Karl Heilenbrand, Oranienstrasse 60, Telefon 3048.